Stand: 16.12.2025 10:15:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5888

"Keine Benachteiligung Bayerns durch das GKV-VSG - Bayern hält am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes fest"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5888 vom 26.03.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7020 des GP vom 21.04.2015
3. Beschluss des Plenums 17/7192 vom 23.06.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 23.06.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.03.2015 Drucksache 17/5888

Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek, Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel CSU**

Keine Benachteiligung Bayerns durch das GKV-VSG – Bayern hält am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes fest

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-VSG) auf Bundesebene weiterhin gegen eine Benachteiligung Bayerns sowie dafür einzusetzen, dass am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes festgehalten wird. Zudem wird die Staatsregierung in ihrer Haltung bestärkt, dass die durch das neue Gesetz entstehende Bürokratie auf ein Minimum beschränkt werden muss.

Insbesondere sind folgende Punkte relevant:

– Der Landtag bedauert, dass im Gesetzentwurf eine „Soll"-Regelung anstatt der bisherigen „Kann"-Regelung zum Aufkauf von Arztsitzen vorgesehen ist und begrüßt weitere Klarstellungen und Erläuterungen im Gesetzgebungsverfahren.
– Anstelle von Terminservicestellen sollten generell auch andere regionale Lösungen zugelassen werden, wenn diese in allen medizinisch indizierten Fällen einen ebenso zeitnahen Facharzttermin gewährleisten. Die konkrete Ausgestaltung bliebe als Selbstverwaltungsangelegenheit dann der jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigung überlassen.
– Vor der im Gesetzentwurf vorgesehenen Angleichung der in den einzelnen KV-Regionen unterschiedlichen durchschnittlichen Vergütung pro Behandlungsfall (Konvergenzregelung) muss zunächst der im Koalitionsvertrag vereinbarte Prüfauftrag abgearbeitet werden. Eine endgültige Regelung darf im GKV-VSG deshalb nicht getroffen werden.
– Beim geplanten Innovationsfonds muss – für den Fall, dass es grundsätzlich mehr förderfähige Projekte als zur Verfügung stehende Fördermittel gibt – für eine regional ausgewogene Verteilung der Fördermittel Sorge getragen werden. Zudem müssen die Länder im Innovationsausschuss mit Mitberatungs- und Antragsrecht beteiligt werden.
– Gerade im Interesse der mitbetroffenen Kinder muss die Gewährung einer Haushaltshilfe unabhängig von einem Krankenhausaufenthalt für einen bestimmten Zeitraum zur Pflichtleistung werden, wenn dem haushaltsführenden Elternteil die Weiterführung des Haushalts wegen nachgewiesener akuter, schwerer Erkrankung nicht möglich ist. Dies muss auch bei Hospizaufenthalten und chronischen Erkrankungen gelten.
– In Ergänzung zu den bereits in § 119b SGB V geregelten Kooperationsmöglichkeiten für intensivpflegebedürftige Patienten in stationären Einrichtungen müssen solche Kooperationsmöglichkeiten zukünftig auch für intensivpflegebedürftige Patienten in Wohngemeinschaften geschaffen werden. Hiervon würde besonders die Gruppe der dauerhaft beatmungspflichtigen Patienten profitieren, die häufig in solchen Wohngemeinschaften versorgt werden.
– Analog der für den ärztlichen Bereitschaftsdienst im GKV-VSG vorgesehenen Regelung, dass nicht an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmende zugelassene Krankenhäuser und Ärzte zukünftig bereits auf Grund einer bloßen Kooperationsvereinbarung mit der Kassenärztlichen Vereinigung am Bereitschaftsdienst teilnehmen können, muss die Teilnahmemöglichkeit für Nicht-Vertragsärzte auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung auch auf den Notarztdienst übertragen werden.
– Die Neuregelung zur Bereinigung der Vergütung aus Selektivverträgen darf nicht zu einer Verschiebung der Verteilung der Gelder zwischen Spezialisten und Generalisten bzw. zwischen niedergelassenen Ärzten in städtischen und ländlichen Regionen führen.
– Die Einrichtung psychiatrischer Institutsambulanzen (PIAs) sollte aus Versorgungsgründen auch ohne räumliche, aber weiterhin mit organisatorischer Anbindung an psychiatrische Krankenhäuser ermöglicht werden.

Begründung:

Das GKV-VSG wurde am 5. März 2015 in Erster Lesung im Bundestag behandelt. Am 25. März fand im Bundestag eine Anhörung zum Gesetzentwurf statt. In der nun folgenden intensiven Endberatung des Geset-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

zes müssen auch die Belange des Freistaats Bayern und seiner Versicherten Berücksichtigung finden. Der vorliegende Antrag bestärkt die Staatsregierung ausdrücklich in der Richtung ihrer Verhandlungen. Ziel ist und bleibt die flächendeckende und wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Leistungen, in deren Zentrum der freiberuflich tätige Hausarzt steht. Der in einem medizinischen Versorgungszentrum angestellte Arzt gehört zwar zur Versorgungsrealität – er sollte dennoch die Versorgung mit haus- und fachärztlichen Leistungen in unserem Land nicht prägen.

Mit der in Art. 1 Nr. 35 GKV-VSG-Entwurf vorgesehenen Regelung einer Konvergenz der vertragsärztlichen Vergütung wird eine Angleichung der in den einzelnen KV-Regionen unterschiedlichen durchschnittlichen Vergütung pro Behandlungsfall angestrebt. Der Gesetzentwurf sieht hier bereits eine endgültige Regelung vor, obwohl im Koalitionsvertrag auch dank des Einsatzes der bayerischen Verhandlungsführung lediglich ein Prüfauftrag vereinbart worden war. Aus fachlicher Sicht ist zu erwarten, dass die bayerischen Vertragsärzte wegen des im Freistaat besonders stark ausgeprägten ambulanten Sektors zu den finanziellen Verlierern einer Konvergenzregelung gehören und der Versorgung in Bayern somit erneut Finanzmittel entzogen würden, die für den Erhalt des hohen Versorgungsniveaus erforderlich wären.

Durch die Festlegung eines Förderproporzes beim geplanten Innovationsfonds (Art. 1 Nr. 40 GKV-VSG-Entwurf) könnte von den im Freistaat überdurchschnittlich erwirtschafteten Beitragsgeldern zur gesetzlichen Krankenversicherung, aus denen der Innovationsfonds gespeist wird, auch ein angemessener Teil wieder nach Bayern zurückfließen.

Die Ausweitung des Pflichtleistungsanspruchs auf Haushaltshilfe in der gesetzlichen Krankenversicherung ist dem Landtag seit langem ein wichtiges Anliegen. Die Bundesregierung hat eine Umsetzung der vorgeschlagenen Änderungen bisher mit dem Verweis darauf abgelehnt, dass es sich bei Haushaltshilfen um eine versicherungsfremde Leistung handeln würde und den Krankenkassen die Schaffung entsprechender Satzungsleistungen bereits möglich sei. Da hiervon in der Praxis bislang aber kaum Gebrauch gemacht wird, muss der Freistaat Bayern sich gerade im Interesse der mitbetroffenen Kinder weiterhin für eine solche Leistungsausweitung stark machen.

In Ergänzung zu den bereits in § 119b SGB V geregelten Kooperationsmöglichkeiten für intensivpflegebedürftige Patienten in stationären Einrichtungen wurde im Bundesrat eine Mehrheit dafür erreicht, dass solche Kooperationsmöglichkeiten zukünftig auch für intensivpflegebedürftige Patienten in Wohngemeinschaften geschaffen werden sollten. Hiervon würde besonders die Gruppe der dauerhaft beatmungspflichtigen Patienten profitieren, die häufig in solchen Wohngemeinschaften versorgt werden. Die Bundesregierung sagte insofern zwar eine Prüfung zu, merkte aber zugleich an, dass der Vorschlag vor einer etwaigen Umsetzung zunächst einer „weiteren grundlegenden Prüfung“ bedürfe, was eine zeitnahe Umsetzung noch im Rahmen des GKV-VSG sehr ungewiss erscheinen lässt. Im Interesse der schwerstpflegebedürftigen Betroffenen sollte das wichtige Anliegen, Kooperationsmöglichkeiten nach § 119b SGB V zukünftig auch für intensivpflegebedürftige Patienten in Wohngemeinschaften zu schaffen, jedoch möglichst noch im laufenden Gesetzgebungsverfahren angegangen werden.

Ausschließlich in Bayern zählt der Notarztdienst auf Grund des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes zur vertragsärztlichen Versorgung. Dass eine Teilnahme hieran nur auf Grund der bundesgesetzlich in § 75 SGB V geregelten Tatbestände möglich ist, ist folglich eine rein bayerische Konstellation. Für Nicht-Vertragsärzte ist damit eine Teilnahme am Notarztdienst nur auf Grund einer Ermächtigung durch den Zulassungsausschuss möglich. Das diesbezügliche Erteilungsverfahren ist allerdings sehr aufwendig und zeitintensiv, was insbesondere im Falle kurzfristig auftretender Besetzungslücken im Notarztdienst sehr kontraproduktiv ist. Die für den ärztlichen Bereitschaftsdienst im GKV-VSG-Entwurf vorgesehene Regelung, dass nicht an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmende zugelassene Krankenhäuser und Ärzte zukünftig bereits auf Grund einer bloßen Kooperationsvereinbarung mit der Kassenärztlichen Vereinigung am Bereitschaftsdienst teilnehmen können (Art. 29b) Abs. 1b (neu)), muss deshalb auf den Notarztdienst übertragen werden.

Die Versorgungssituation im Bereich Psychiatrie und insbesondere Kinder- und Jugendpsychiatrie ist noch immer in vielen Gegenden Deutschlands nicht ideal. In bestimmten Regionen besteht auch Unterversorgung, wie etwa in Bayern im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiater in der Raumordnungsregion Oberpfalz-Nord. Es werden insbesondere auch bei schweren psychischen Erkrankungen zu lange Wartezeiten beklagt. Eine ähnliche Situation besteht auch in Sachsen, besonders im ostsächsischen Raum. Auch hier ist die ambulante Versorgung psychiatrischer Patienten noch nicht ausreichend gesichert. Die bedarfsabhängige Ausweitung des ambulanten psychiatrischen Versorgungsangebots um PIAs ohne Klinikanbindung erscheint als eine Möglichkeit, die Versorgungsituation in diesem Bereich weiter zu verbessern. Ziel ist es, dass künftig auch Außenstellen von PIAs rechtssicher errichtet und betrieben werden können.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.04.2015 **Drucksache** 17/**7020**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Drs. 17/**5888**

Keine Benachteiligung Bayerns durch das GKV-VSG - Bayern hält am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes fest

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Bernhard Seidenath**
Mitberichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 21. April 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   SPD: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung

   Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 23.06.2015 **Drucksache 17/7192**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek, Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel CSU**

Drs. 17/**5888**, 17/**7020**

Keine Benachteiligung Bayerns durch das GKV-VSG – Bayern hält am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes fest

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-VSG) auf Bundesebene weiterhin gegen eine Benachteiligung Bayerns sowie dafür einzusetzen, dass am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes festgehalten wird. Zudem wird die Staatsregierung in ihrer Haltung bestärkt, dass die durch das neue Gesetz entstehende Bürokratie auf ein Minimum beschränkt werden muss.

Insbesondere sind folgende Punkte relevant:

- Der Landtag bedauert, dass im Gesetzentwurf eine „Soll"-Regelung anstatt der bisherigen „Kann"-Regelung zum Aufkauf von Arztsitzen vorgesehen ist und begrüßt weitere Klarstellungen und Erläuterungen im Gesetzgebungsverfahren.
- Anstelle von Terminservicestellen sollten generell auch andere regionale Lösungen zugelassen werden, wenn diese in allen medizinisch indizierten Fällen einen ebenso zeitnahen Facharzttermin gewährleisten. Die konkrete Ausgestaltung bliebe als Selbstverwaltungsangelegenheit dann der jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigung überlassen.
- Vor der im Gesetzentwurf vorgesehenen Angleichung der in den einzelnen KV-Regionen unterschiedlichen durchschnittlichen Vergütung pro Behandlungsfall (Konvergenzregelung) muss zunächst der im Koalitionsvertrag vereinbarte Prüfauftrag abgearbeitet werden. Eine endgültige Regelung darf im GKV-VSG deshalb nicht getroffen werden.
- Beim geplanten Innovationsfonds muss – für den Fall, dass es grundsätzlich mehr förderfähige Projekte als zur Verfügung stehende Fördermittel gibt – für eine regional ausgewogene Verteilung der Fördermittel Sorge getragen werden. Zudem müssen die Länder im Innovationsausschuss mit Mitberatungs- und Antragsrecht beteiligt werden.
- Gerade im Interesse der mitbetroffenen Kinder muss die Gewährung einer Haushaltshilfe unabhängig von einem Krankenhausaufenthalt für einen bestimmten Zeitraum zur Pflichtleistung werden, wenn dem haushaltsführenden Elternteil die Weiterführung des Haushalts wegen nachgewiesener akuter, schwerer Erkrankung nicht möglich ist. Dies muss auch bei Hospizaufenthalten und chronischen Erkrankungen gelten.
- In Ergänzung zu den bereits in § 119b SGB V geregelten Kooperationsmöglichkeiten für intensivpflegebedürftige Patienten in stationären Einrichtungen müssen solche Kooperationsmöglichkeiten zukünftig auch für intensivpflegebedürftige Patienten in Wohngemeinschaften geschaffen werden. Hiervon würde besonders die Gruppe der dauerhaft beatmungspflichtigen Patienten profitieren, die häufig in solchen Wohngemeinschaften versorgt werden.
- Analog der für den ärztlichen Bereitschaftsdienst im GKV-VSG vorgesehenen Regelung, dass nicht an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmende zugelassene Krankenhäuser und Ärzte zukünftig bereits auf Grund einer bloßen Kooperationsvereinbarung mit der Kassenärztlichen Vereinigung am Bereitschaftsdienst teilnehmen können, muss die Teilnahmemöglichkeit für Nicht-Vertragsärzte auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung auch auf den Notarztdienst übertragen werden.
- Die Neuregelung zur Bereinigung der Vergütung aus Selektivverträgen darf nicht zu einer Verschiebung der Verteilung der Gelder zwischen Spezialisten und Generalisten bzw. zwischen niedergelassenen Ärzten in städtischen und ländlichen Regionen führen.
- Die Einrichtung psychiatrischer Institutsambulanzen (PIAs) sollte aus Versorgungsgründen auch ohne räumliche, aber weiterhin mit organisatorischer Anbindung an psychiatrische Krankenhäuser ermöglicht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuordnung der Schulbegleitung für behinderte Schülerinnen und Schüler in Bayern
Drs. 17/5408, 17/7005 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Schutz des Bergwalds zielgerichtet stärken
Drs. 17/5422, 17/7053 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Erstellung eines turnusmäßigen Bergwaldberichts
Drs. 17/5425, 17/7054 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Modellversuch „Schulbegleitung neu“ durchführen
Drs. 17/5488, 17/7006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Kathrin Sonnenholzner, Bernhard Roos SPD
Ausbau der B 471
Drs. 17/5493, 17/6810 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ursachen von Flucht und Armut abmildern
Drs. 17/5605, 17/7031 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechte Morde aufklären! Unabhängiges Forschungsprojekt zur Überprüfung von Tötungsdelikten mit möglichem rechtsextremem Tathintergrund einrichten
Drs. 17/5755, 17/6999 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weibliche Asylsuchende in staatlichen und öffentlichen Unterkünften besser schützen
Drs. 17/5756, 17/6984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bestehende Synergien aufrechterhalten: Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am Standort Stadtbergen belassen!
Drs. 17/5818, 17/7065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner, Horst Arnold u.a. SPD
Neuordnung des gerichtsärztlichen Dienstes
Drs. 17/5885, 17/7019 (A)

Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Keine Benachteiligung Bayerns durch das GKV-VSG – Bayern hält am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes fest
Drs. 17/5888, 17/7020 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	A

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drogentote verhindern – Konsumräume für Suchtkranke einrichten
Drs. 17/5936, 17/7021 (A)

Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realitätsnahe Verbrauchsmessung bei Kraftfahrzeugen
Drs. 17/5937, 17/6849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Flexibilität bei der Ausbringung organischer Dünger
Drs. 17/5957, 17/6804 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

15. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Bericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Bayerischen Integrationsrats
Drs. 17/5969, 17/6942 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Martin Schöffel u.a. CSU
Sicherung der Dorf- und Betriebshilfe in Bayern
Drs. 17/5981, 17/6805 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter, Alex Dorow u.a. CSU
Vierstreifiger Ausbau der B 471
Drs. 17/5982, 17/6811 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wahlalter 16 – Mehr Demokratie und Mitbestimmung für Bayerns Jugend
Drs. 17/6014, 17/7033 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Meldung wichtiger Ereignisse durch die Polizei (WE-Meldungen)
Drs. 17/6021, 17/6998 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Das EU-Schulfruchtprogramm auf weiterführende Schulen ausweiten!
Drs. 17/6024, 17/7055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Ausweitung des EU-Schulfruchtprogramms auf Kinderkrippen und Kinderhorte
Drs. 17/6025, 17/7056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Bericht über die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in Bayern
Drs. 17/6026, 17/7032 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Produktionsdatum an Skihelmen sichtbar machen
Drs. 17/6030, 17/6851 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Sonderförderprogramm II: Keine Wasserverschmutzung durch private Abwasserkanäle
Drs. 17/6039, 17/7040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu den aktuellen Entwicklungen im Schweinemarkt
Drs. 17/6138, 17/7057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u.a. SPD
Erbbaurechtsregelungen stärken
Drs. 17/6159, 17/6719 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD
Bericht der Staatsregierung über die Prüfungsmitteilung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs zu Höchstädt
Drs. 17/6165, 17/6716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Einführung einer Schutzhelmpflicht für Skifahrer auf Skipisten in Bayern
Drs. 17/6175, 17/6721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	A

29. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Ausweitung der Niederlassungsförderung für Hausärzte auf alle Arztgruppen der allgemein fachärztlichen Versorgung
Drs. 17/6185, 17/7022 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	ENTH

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einzelbetriebliche Investitionsförderung
Drs. 17/6197, 17/7058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Demokratisierung der bayerischen Hochschulen
Drs. 17/6199, 17/6944 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wirksamere Überwachung des Schwerlastverkehrs
durch die Verkehrspolizei sicherstellen
Drs. 17/6203, 17/6943 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Außenstellen für Psychiatrische Institutsambulanzen ermöglichen
Drs. 17/6207, 17/7025 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster u.a. und Fraktion (SPD)
EU-Kommissar informiert Landtag über europäische Flüchtlingspolitik
Drs. 17/6214, 17/7034 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Einrichtung eines hochschulübergreifenden Promotionsstudiengangs „Tourismusmanagement und Tourismusentwicklung in Bayern“
Drs. 17/6356, 17/6945 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. SPD
Anhörung zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Antibiotikaresistenzen
Drs. 17/6390, 17/7063 (E)

Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesteilhabegesetz einführen – Eingliederungshilfe qualitativ weiterentwickeln
Drs. 17/1912, 17/6981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Faire finanzielle Entlastung der bayerischen Kommunen
ab 1. Januar 2015 im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz
Drs. 17/4498, 17/6982 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Benachteiligung der bayerischen Kommunen bei der Eingliederungshilfe
Drs. 17/4499, 17/6983 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Parkhäuser zukunftsfähig gestalten
Drs. 17/6173, 17/6962

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Bezahlung des pädagogischen Personals in der Kindertagesbetreuung verbessern – Tarifverhandlungen unterstützen!
Drs. 17/5854, 17/6985 (E) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat